



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/215 - 20. September 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Start zum "Dritten Bundestag"	S. 1
Die Luftbrücke nach Jordanien	S. 3
Studenten im Wirtschaftswunder-Land	S. 5
Im Vorzimmer Adenauers...	S. 7
Anlage: Sonderdienst: RIAS-Interview mit Carlo Schmid...	

## Vor der Dritten Legislaturperiode

FR. Fast scheint es verfrüht zu sein, schon heute über die bevorstehende dritte Legislaturperiode des Bundestages zu schreiben. Mit der tatsächlichen parlamentarischen Arbeit kann nämlich kaum vor Mitte November begonnen werden.

Nach der Konstituierung des Bundestages werden erst die Geburtswunden der Regierungsbildung zu überstehen sein, der Regierungserklärung wird die Aussprache folgen, die Konstituierung der Ausschüsse steht bevor und erst dann wird die eigentliche parlamentarische Arbeit beginnen. Die CDU/CSU verfügt dabei nicht nur im Bundestage über die absolute Mehrheit; sie wird auch die Ausschüsse zahlermäßig beherrschen können. Man darf schon heute gespannt sein, was diese Partei mit ihrer Mehrheit anfangen wird.

Auf sozialpolitischen Gebiet bietet sich dabei ein besonders instruktives Beispiel. Noch kurz vor der Wahl hat der Bundeskanzler in einem bestellten Brief an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Krone, beklagt, dass nach der Rentenreform in vielen Fällen durch die Anrechnungstestimmungen mit der linken Hand wieder genommen wird, was mit der rechten gegeben wurde. Dr. Adenauer versprach, dass das im neuen Bundestage bereinigt werden soll. Man darf also mit einiger Interesse darauf warten, wann die Bundesregierung oder die CDU/CSU-Fraktion einen entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen wird.

Im Wahlkampf war auch davon die Rede, dass die Preise nicht nur

"stabil" sind, sondern auch stabil bleiben werden. Tatsächlich aber ist die Diskussion um die Erhöhung der Bundesbahntarife bereits im vollen Gange. Die Bundesregierung selbst hält die Erhöhung für unumgänglich. Am Mittwoch dieser Woche hat der z. Zt. noch amtierende Bundesverkehrsminister Dr. Seebohn den Binnenschiffern eine Erhöhung der Frachttarife zugesagt. Die "Grüne Front" hat bereits ihre Forderungen nach kostendeckenden Preisen angemeldet und über die Erhöhung des Kohlenpreises kann man spaltenlange Artikel lesen. Die Bundesregierung steht also schon heute vor der Frage, wie sie eine allgemeine Preissteigerung verhindern will, die sich drohend abzeichnet.

Noch dringender sind die Sorgen in der Verkehrspolitik. Im Wahlkampf hat man vor allen in Norddeutschland viel versprochen; es bleibt abzuwarten, wann die ersten Gesetzentwürfe tatsächlich eingereicht und wann sie realisiert werden.

Es fehlt ein Jugendarbeitsschutzgesetz, die Neuregelung der Unfall- und Krankenversicherung steht an, die generelle Neuordnung der Kindergeldgesetze muss in dieser Legislaturperiode erfolgen, was aus dem "Wigentum für alle" wird, bleibt abzuwarten. Kurzum, ein Bündel von Problemen kommt auf den dritten Deutschen Bundestag zu und wenn die Herren von der CDU/CSU die "Königsmauer" hinter sich haben und man wieder auf dem Boden der harten parlamentarischen Arbeit steht, wird sich zeigen, was sie mit ihrer Mehrheit anzufangen gewillt ist.

Ganz zu schweigen von den außenpolitischen Fragen. Man darf mit Spannung den Initiativen der Regierung entgegensehen, die sie in der Wiedervereinigungsfrage entfalten will. Bundeskanzler Adenauer hat im Wahlkampf fälschlich behauptet, dass ein Wahlsieg der SPD die Abrüstung endgültig zum Scheitern bringen würde. Nun, Adenauer hat gesiegt und jetzt wollen wir sehen, wie er die Abrüstung erreichen wird.

Vor den Wahlen hat Bundesaußenminister Dr. von Brentano den Eindruck entstehen lassen, dass die Regierung nach dem Wahltag das Verhältnis zu den Ostblockstaaten zu normalisieren gedenkt. Wir warten jetzt darauf, dass man wirklich etwas tut, denn man hat ja die Macht dazu.

Alles in allem, man soll sich durch Regierungsspekulationen nicht völlig gefangen nehmen lassen. Binses Tages wird wieder gearbeitet werden müssen und dieser praktischen Tätigkeit der neuen Bundesregierung sieht die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit ausserordentlichem Interesse entgegen.

Nah-Ost-Politik mit US-Waffen

H.E.D. Seit gut zehn Tagen besteht eine Luftbrücke zwischen Jordanien und den NATO-Flugplätzen in der Türkei und Griechenland. Amerikanische Transporteinheiten fliegen schwere und leichte Waffen in das Wüstenreich des König Hussein ein. Ziel dieser Aktion ist es, ein militärisches Gegengewicht gegen die sowjetischen Waffenlieferungen an Syrien zu schaffen.

Selbst in politischen Kreisen Washingtons wagt man vorsichtige Zweifel an dem Wert dieser Aktion zu hegen, da man auch dort der Auffassung ist, die zu Beginn dieses Jahres mit viel Theaterdonner entwickelte "Eisenhower-Doktrin" habe sich nicht bewährt, als es galt, den Anfängen einer sowjetischen Infiltration im Nahen Osten entgegenzutreten: nämlich im Falle Syriens. Jetzt aber, gleichsam als eine Art enttäuschter Liebhaber im Spiel um orientalische 'Öl-Schönheiten' aufzutreten, sei ein Unterfangen, das nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern auch noch den letzten Prestige-Reserven der US-Diplomatie abträglich ist.

Jeder einigermaßen politisch orientierte Beobachter des nächstlichen Puzzle-Spiels weiss um die innen- und aussenpolitische Labilität Jordaniens. Die Zeiten, da ein Glubb Pascha über eine von englischen Subsidien ausgehaltene jordanische Truppe verfügte, die er je nach (den Wünschen und Zielen des Foreign Office einsetzen konnte, sind vorbei. Die ägyptischen Ereignisse sind an der Arabischen Legion nicht spurlos vorübergegangen, auch wenn im Augenblick die Gruppe der 'Jungen Offiziere' in Aman angeschafft zu sein scheint. Wie selbst amerikanische Beamte zugeben, könnten die öffentlichen Honkerszenen, die der Junge Hussein nach Niederschlagung der pro-ägyptischen Revolte veranstaltete, sehr wohl der Anfang vom Ende seiner Dynastie bedeuten.

Ob sich im Lichte solcher Überlegungen die neuester Waffenlieferungen der Amerikaner als ein gut angelegtes militärisches und politisches Kapital erweisen werden, ist mehr als zweifelhaft. Nur wenige Menschen im Westen gestehen sich ein, dass die syrische Affäre das Re-

20. September 1957

sultat einer falsch konzipierten amerikanischen Diplomatie war. Es ist eine Binsenwahrheit, dass sich die arabischen Intellektuellen und mit ihnen die jungen Militärs mit einer geradezu fanatischen Besessenheit gegen den westlichen Kolonialismus wenden, und aus dieser Haltung heraus wohl oder übel auch mit dem kommunistischen Realzweck zu pak-tieren bereit sind, um den europäischen oder amerikanischen Teufel eine Schlappe zu versetzen. Syrien ist ein beredtes Beispiel dafür.

Aber auch dort gab und gibt es eine starke Gruppe arabischer Nationalisten, denen das Bündnis mit der russischen Diplomatie nicht gerade sehr angenehm ist. Vergeblich, so vrsichern eingeweihte Kreise, habe diese Gruppe versucht, Hilfe von Amerika zu erlangen. Überzeugt davon, dass jede anti-kolonialistische Bewegung kommunistisch inspi-riert sei, habe man in Washington die kalte Schulter gezeigt und sei lieber zu einem Bündnis mit den teuflischen Herrschern in Amman, Bagdad und Er Riad bereit gewesen.

Überblickt man im Augenblick die Lage in Nahen Osten, so könnte man sich der Täuschung hingeben, es sei nach dem amerikanischen Gegenzug alles sehr ruhig und still geworden. Syrien scheint isoliert zu sein, Oberst Sarraji und seine Getreuen nicht mehr so vorlaut wie noch vor zwei Wochen. Aber man sollte sich nicht täuschen. Auch die sowjetische Diplomatie scheint dem alten Spruch zu huldigen : auf einen Schein anderkhalbe. Denn während frierendes amerikanisches Bodenpersonal in Morangrauen die Transporter mit Waffen für Hussein belädt, tauchen im Rücken der VI. US-Flotte im östlichen Mittelmeer sowjetische Kreuzer und U-Boote auf. Ein neuer Schritt? Wer weiss es?

\* \* \*

- 5 -

Das soziale Bild der Studentenschaft

D. Str. Professor Dr. Carlo Schmid wird der Satz zugesprochen: "Die SPD muss das Bewusstsein in der Öffentlichkeit wachhalten, dass der Geist vor dem Kotelett rangiert".

Die Lektüre des kleinen Bündchens über die soziale Lage der deutschen Studentenschaft, herausgegeben von "Deutsches Studentenwerk" Bonn, lässt erkennen, dass diejenigen jungen Menschen in der Bundesrepublik, die Hochschulen besuchen, nur zu einem geringen Teil die Möglichkeit haben, am sogenannten Wirtschaftswunder teilzunehmen. Die sorgsame statistische Arbeit des Studentenwerkes mit unendlich vielen Zahlen, Tabellen und Schaubildern zeigt u.a., dass 1956 rund 48 % der männlichen Studierenden und etwa 31 % der Studentinnen bis zum Examen ihr Studium durch Werkarbeit finanzieren müssen. Die Kurve steigt seit 1951 ständig an.

Diese Prozentzahlen sind in Relation zu setzen mit der Gesamtzahl der an den westdeutschen (einschliesslich West-Berlin) Hochschulen eingeschriebenen Studierenden, die 1956 im Sommersemester 119 728 betrug. Davon sind 60,9 Prozent Studenten und 19,1 Prozent Studentinnen.

An diesen wenigen Angaben kann man bereits das ganze Dilemma von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik erhaschen. In Anbetracht der vor uns stehenden Aufgaben ist die Anzahl der Hochschulbesucher im Vergleich zur Einwohnerzahl der Bundesrepublik gering. Wenn nun ein grosser Teil der Lernbefähigten an den westdeutschen Hochschulen in mühseliger Arbeit das Studium infolge Werkarbeit vernachlässigen und nachher im Examen hören muss, dass man nicht zwei Herren dienen kann, dann möchte man meinen, der Geist habe eine Schlacht verloren.

Gerade unsere Studentenschaft ist es, die bis zur Stunde am Katzentisch des sogenannten Wirtschaftswunders sitzen muss, denn die Lebenshaltungskosten sind seit 1953 ständig gestiegen (daher auch die Zunahme der Werkstudenten). 1953 wurden diese mit 182,50 DM monatlich angegeben, heute betragen sie 198 M für denselben Zeitraum. Die

Studierenden müssen heute für Ernährung 9 Prozent, für Wohnung 27 Prozent, für Heizung und Bekleidung 30 Prozent und für Verkehr fünf Prozent mehr als 1953 ausgeben.

Die Studierenden aber kommen und kommen nicht in den Genuss von Lohnerhöhungen. Im Gegenteil: sie haben unter Berücksichtigung dieses Verzichtes und der steigenden Lebenshaltungskosten ausserdem ihr Lernmaterial (Bücher, Experimentiergeräte für die Naturwissenschaften und entsprechende Schutzwäsche) anzuschaffen. Diese Ausgaben sind mit fünf Prozent monatlich knapp berechnet.

Gewiss gibt es Studierende, die Werkarbeit leisten, um in der Ferien der ersten Studiensemester eine Reise ins Ausland o.ä. machen zu können. Deren Lohn aus der Werkarbeit wird also nicht direkt zur Finanzierung der Existenz verwandt. Diese Zahl ist jedoch verschwindend gering. Erstens, weil in den Ferien der "älteren Semester" die Vorbereitungen für das Examen eine solche Möglichkeit ausschliessen, und zweitens, weil die Zahl derjenigen Studierenden, die einer monatlichen Zuschuss von mehr als DM 150.-- von den Eltern bekommen, mit 14 Prozent sehr gering ist.

Unter allen 46 589 Studenten, die für die Finanzierung ihres Studiums arbeiten, gab es nur 2 596, die gleichzeitig von den Eltern mehr als 150.-- DM monatlich erhielten und nur 3 307 Studenten verbrauchten mehr als 250.-- DM im Semestermonat.

Das vom "Deutschen Studentenwerk" herausgegebene Bündchen über die soziale Lage unserer Studentenschaft zeigt, dass der Zug zur Hochschule von Jahr zu Jahr grösser geworden ist. Ein erfreuliches Zeichen und ein Beweis dafür, dass die jungen Menschen in der Bundesrepublik trotz der schlechten materiellen Lage der Studenten einen gesunden Idealismus haben. Sie leben zwar im Schatten des sogenannten Wirtschaftswunders, sind aber trotzdem bereit, unseren Ruf als "Volk der Dichter und Denker" aufrecht zu erhalten.

Dafür schulden wir ihnen Dank. Ihre Haltung ist das "wertbeständigste Kapital" unserer Nation, dessen richtige Anlage unser aller Aufgabe sein sollte.

G l o b k e

sp. Der Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe erlebte am Mittwoch vergangener Woche eine kleine Sensation. Man beschäftigte sich ausgiebig mit den Delikten des Heidelberger Verlegers Lenz, der unter Anklage stand, neo-nazistische Bücher und Schriften gedruckt und herausgegeben zu haben. Die Verfasser dieser Bücher und Druckschriften waren vielfach alte Nationalsozialisten, die mit Hilfe von Lenz versuchten, abgestandene Rassetheorien und ähnliche Restbestände der blutigen Vergangenheit Deutschlands wieder an der Mann zu bringen. Lenz scheint aber auch für die anti-sozialdemokratische Propaganda "gearbeitet" zu haben. Jedenfalls gab er kurz vor der Wahl ein Büchlein heraus, in dem - mit dem vorgetäuschten Herausgabeort Kairo - das Leben bekannter Sozialdemokraten in der Emigration auf der Grundlage von Fälschungen, Unterstellungen und anderen Unsauberkeiten "dargestellt" worden war. Der grösste Teil der Auflage dieses Pamphlets konnte noch rechtzeitig beschlagnahmt werden.

Als Lenz nun vor dem Strafsenat des Bundesgerichtshofes stand, wurde er vom Präsidenten u.a. auch gefragt, was er denn von der Nürnberger Rassengesetzgebung halte, durch die das Schicksal der Juden im Dritten Reich "legal" besiegelt wurde.

Lenz stutzte einen Augenblick, sagte dann aber wieder: "Nun, diese Nürnberger Rassengesetze können ja gar nicht so schlecht gewesen sein, sonst würde doch ihr Verfasser nicht im Vorzimmer des derzeitigen Herrn Bundeskanzler Adenauer sitzen." Er meinte damit natürlich Adenauers Staatssekretär Dr. Globke.

Wie verlautet, sollen die hohen Richter des Strafsenats einen Augenblick sehr intensiv in die vor ihnen liegenden Akten geblickt haben. Dann wurde die Verhandlung fortgesetzt...

\* \* \*

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel